

Anti-Konvertierungs-Gesetz in Indien

01. September 2025



Ellora Höhlen im Kailash Kailasa Tempel

Quelle: Wikimedia / © Vyacheslav Argenberg / CC BY 4.0

Ein weiterer indischer Bundesstaat kündigt strenges Anti-Bekehrungsgesetz und Abriss «illegaler» Kirchen an. Diesmal handelt es sich um den 129-Millionen-Staat Maharashtra, der die Mega-City Mumbai beheimatet.

Der Druck auf Christen, Muslime und andere Minderheiten in Indien nimmt von vielen Seiten weiter zu. Diesmal im gigantischen Bundesstaat Maharashtra, der fast 129 Millionen Einwohner zählt und dessen pulsierende Hauptstadt Mumbai ein weltweiter Begriff ist.

Finanzminister Chandrashekar Bawankule erklärte unlängst, die Regierung werde bald ein strenges Anti-Bekehrungsgesetz einführen. Damit wäre Maharashtra der 13. indische Bundesstaat mit einer solchen Regelung. Solche Gesetze machen Christen zu leichten Angriffszielen für falsche Anschuldigungen

und Missbrauch.

Auch Kirchen in Maharashtra sind bedroht. Bawankule kündigte an, dass die Regierung innerhalb der nächsten sechs Monate «nicht genehmigte» Kirchengebäude abreißen wolle; vor allem in Stammesgebieten.

Gemeinde wächst dennoch

Anti-Bekehrungsgesetze werden seit langem gegen Pastoren, Gemeindegründer und Evangelisten eingesetzt. Doch trotz wachsender staatlicher Einschränkungen wächst die christliche Gemeinde weiter, [wie «Mission Network News» berichtet](#).

Mitunter rücken die Behörden mit schwerem Gerät an, um Kirchen einzureißen. In anderen Fällen übernimmt ein wütender Mob mit Brechstangen und Hämmern die Arbeit.

Hinter den zusehends einengenden Gesetzen steht die radikale Hindu-Nationalistische «BJP»-Partei von Regierung-Oberhaupt Narendra Modi; deren Vertreter teilweise offen sagen, dass jeder Inder auch Hindu sein müsse.

Schärfer als in anderen Staaten

[Die Zeitung «The Hindu» hält fest](#), dass das Anti-Konvertierungsgesetz im Dezember eingesetzt werden soll.

Minister Pankaj Bhoyar erklärte laut dem Bericht, «die Regierung von Maharashtra werde in der Wintersitzung des Landesparlaments ein strenges Gesetz zur Verhinderung religiöser Bekehrungen einbringen, dessen Bestimmungen noch strenger sein sollen als die vergleichbarer Gesetze in anderen Bundesstaaten.»

Uttarakhand verschärft Anti-Bekehrungsgesetz: Lebenslange Haftstrafe

Das Kabinett des Bundesstaates Uttarakhand, in dem mehr als zehn Millionen Menschen leben, hat unlängst die «Freedom of Religion (Amendment) Bill 2025» verabschiedet. Es sieht einige der härtesten Strafen Indiens für «erzwungene religiöse Bekehrungen» vor – bis hin zu lebenslanger Freiheitsstrafe.

Das neue Regelwerk verschärft die bisherigen Strafraumen erheblich. Statt maximal zehn Jahren Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet rund 460

Schweizer Franken sieht es nun deutlich höhere Strafen vor.

Zu den härtesten Strafmassnahmen gehören nun:

- Besonders schutzbedürftige Gruppen (Minderjährige, Frauen, Angehörige registrierter Kasten und Stämme, Menschen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen): 5 bis 14 Jahre Haft und mindestens 9'200 Schweizer Franken.
- 20 Jahre bis lebenslange Haft und mindestens 9'200 Schweizer Franken für Bekehrungen durch Gewalt, Drohung, Täuschung, Menschenhandel oder Eheversprechen.

Alle Straftaten im Zusammenhang mit Bekehrungen gelten künftig als nicht auf Kautionsfreilassung und sind ausschliesslich vor höheren Gerichten verhandelbar. Die Polizei darf ohne Haftbefehl festnehmen; Kautionsfreilassung wird nur gewährt, wenn die Unschuld glaubhaft erscheint und keine Wiederholungsgefahr besteht.

Bald 13 von 28 indischen Staaten mit Anti-Konvertierungsgesetz

Mittlerweile verfügen 13 von 28 indischen Bundesstaaten über ein Anti-Konvertierungs-Gesetz. In chronologischer Reihenfolge: Odisha (seit 1967), Madhya Pradesh (1968 / 2021 verschärft / [2025 wird Todesstrafe diskutiert](#)), Arunachal Pradesh (1978), Chhattisgarh (2000), Gujarat (2003 / 2021 verschärft), Himachal Pradesh (2006), Jharkhand (2017), Uttarakhand (2018 / [2025 um lebenslange Haft verschärft](#)), Himachal Pradesh (2019), [Uttar Pradesh](#) (2021), Haryana (2022) und zuletzt Karnataka (2022).

Maharashtra steht nun ebenfalls vor der Einführung einer sehr drakonischen Form des Anti-Konvertierungsgesetzes.

Livenet hat nachgerechnet: In diesen 13 Staaten leben rund 774 Millionen Menschen und somit mehr als die Hälfte der indischen Bevölkerung, die rund 1,451 Milliarden Einwohner zählt.

Zum Thema:

[Neue Studie: Indien: Jeden Tag zwei Angriffe gegen Christen](#)

[Bibeln verbrannt: Hindu-Extremisten greifen Kirche in Indien brutal an](#)

[Einsatz in Indien: Christen im Fokus der indischen Behörden](#)

Autor: Daniel Gerber

Quelle: Livenet/MNN/The Hindu/Christian Post

Tags